

21. XI. 1917

97

Die Stockungen in der Mehlaufuhr nach Wien.

Ein Warnungsruf der Gemeinde gegen die Kürzung der Brot- und Mehlaquote.

Heute hat, wie im Abendblatt gemeldet, eine Beratung der Obmänner der Gemeinderatsparteien stattgefunden, in der unter anderen Magistratssekretär Dr. Kofzkopf folgenden Bericht über die Versorgung Wiens mit Brot und Mehl erstattete:

Schon seit einiger Zeit wurde konstatiert, daß die Mehlaufuhr in Stockung gerät. Mit Rücksicht auf die seit Wochen herrschende Transportkrise erschien die Knappheit teilweise gerechtfertigt. Auf Grund des Ergebnisses der Vorprache des Bürgermeisters und der Obmänner der Gemeinderatsparteien beim Ministerpräsidenten stellte sich heraus, daß die rumänischen Bezüge der vorjährigen Ernte erschöpft seien und die bis jetzt erfassten Mengen der inländischen Ernte bei weitem nicht hinreichen, den Bedarf zu decken.

Die Ernteschätzungen sowohl der rumänischen als auch der inländischen Erzeugung seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben und durch die Bohnmüllerei und den damit begünstigten Schleichhandel seien große Mengen des Ernteertrages der staatlichen Bewirtschaftung entzogen worden.

Daß die Ausbringung der inländischen Ernte speziell in Böhmen und Mähren durch die Resistenz eines Teiles der Produzenten bedeutend geschmälert wurde, haben Herrenhausmitglied Abt Helmer, der Präsident der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates Zuleger und in den letzten Tagen der Genossenschaftsinstruitor Hilmer in Brünn durch ein umfassendes Ziffernmateriale nachgewiesen. Die Ausbringung des Getreides aus diesen gefährdeten Bezirken müßte mit aller Energie und sofort durchgeführt werden.

Die Verhandlungen mit Ungarn wegen Getreidelieferungen seien durch die von der ungarischen Regierung verlangten Vorlieferungen von Kohle und anderen Artikeln ins Stocken geraten; Reservieren an Brotgetreide rumänischer Ernte oder aus dem Inlande konnte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht festlegen, so daß tatsächlich für die nächsten Wochen mit einer Brot- und Mehlnäppheit gerechnet werden müsse.

Die Gemeindeverwaltung müsse daher mit allem Nachdruck den maßgebenden Faktoren gegenüber erklären, daß eine eventuell beabsichtigte Kürzung der Kopfquote für Brot und Mehl unter den dermaligen Ernährungsverhältnissen der Bevölkerung unmöglich sei, da ein Ersatz für den Entgang auch nicht einmal in der Form von Kartoffeln geboten werden könne.

Es müsse daher die Regierung an ihre Pflicht gemahnt werden, dafür Sorge zu tragen, daß der Brot- und Kochmehlbedarf in dem bisherigen, ohnedies unzulänglichen Quantum aufrechterhalten werde, es müsse weiter bei diesem Anlasse konstatiert werden, daß durch die staatliche Getreidebewirtschaftung der Gemeinde Wien jeder Einfluß auf die Bereitstellung des Getreides und der Mählprodukte entzogen wurde, daß ferner die Gemeindeverwaltung jede Verantwortung für eventuelle Anmerkungen der Unzufriedenheit, die bei einer Kürzung oder Unterbrechung des Brotbezuges unvermeidlich seien, ablehnen müsse. Ferner müsse die Obmännerkonferenz mit allem Nachdruck feierlichen Protest gegen irreführende Verlautbarungen durch die maßgebenden Organe hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung einlegen und die Festlegung einer eisernen Reserve von Brotgetreide für eventuelle Notstände mit allem Nachdruck um so mehr verlangen, als diese Forderung von der Gemeinde Wien seit dem Beginne der staatlichen Getreidebewirtschaftung unentwegt aufgestellt wurde, bei den maßgebenden Regierungsorganen aber niemals eine Berücksichtigung gefunden hat.

An den Bericht knüpfte sich eine Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten. Die Konferenz gelangte zu folgendem einstimmigen Beschluß: Die Regierung und der Reichsrat werden im Hinblick auf den Ernst der Lage dringend aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der städtischen Bevölkerung und besonders jener der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu treffen, da die Städteverwaltungen bei der staatlichen Zwangsbevirtschaftung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel außerstande sind, aus eigener Kraft die Versorgung der Bevölkerung durchzuführen, daher auch jede Verantwortung ablehnen müssen, wenn sich aus der mangelhaften Versorgung Schädigungen des Gesundheitszustandes und Störungen des Wirtschaftslebens ergeben sollten.

1 1/2 Kilogramm Kartoffeln bis Ende März gesichert.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über die Kartoffelversorgung und teilte mit, daß dank des günstigen Kartoffeleinkaufes der letzten Wochen die Kopfquote von 1 1/2 Kilogramm per Woche bis zum Monate März sichergestellt sei. Die Kartoffelrationierung sei in klagloser Weise durchgeführt worden und es haben die Anstellungen um dieses wichtige Lebensmittel fast gänzlich aufgehört.

Eine Beratung aller Wiener Reichsratsabgeordneten.

In Anbetracht des gegenwärtigen ungünstigen Zustandes der hiesigen Lebensmittelversorgung einigte sich die Konferenz in dem Vorschlage, der Bürgermeister wolle sämtliche Reichsratsabgeordnete der Stadt Wien zu einer Besprechung in das Rathaus einladen.